

Auf der Suche nach Identität: Die Bundesrepublik Jugoslawien im Wandel von der Vergangenheit in die Zukunft

Heutzutage gibt es nur wenige Länder, die sich in den internationalen Beziehungen in einer schlechten Lage befinden wie die Bundesrepublik Jugoslawien. Ihr Ansehen in der Weltöffentlichkeit ist denkbar schlecht. Das Ausland stuft seine bilateralen politischen Beziehungen zur Bundesrepublik Jugoslawien nur sehr niedrig ein. Sie ist nicht Mitglied in den wichtigsten internationalen Organisationen (z. B. UNO, OSZE, WTO, IWF). Nicht einmal ihr Name ist offiziell anerkannt. Vielfach wird sie anders bezeichnet, z. B. als "Rest-Jugoslawien" oder einfach nach den Namen ihrer beiden Republiken "Serbien und Montenegro".

Diese Situation ist vor allem eine Folge des Krieges, der 1991 im ehemaligen Jugoslawien ausgebrochen war. Der Zerfall Jugoslawiens war Teil des Umbruchs in den internationalen Beziehungen, der mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 begonnen hatte. Während der Zusammenbruch der beiden anderen sozialistischen Föderationen (der Tschechoslowakei, und – mit Einschränkungen – der Sowjetunion) auf friedlichem Wege erfolgte, brach Jugoslawien in einem tragischen und blutigen Bürgerkrieg zusammen. Serbien wird von nahezu allen internationalen Akteuren sowohl für den Ausbruch dieses Krieges als auch für dessen Intensivierung verantwortlich gemacht.

Die Krise im früheren Jugoslawien und der Ausbruch des Krieges kam für die meisten ausländischen Politiker, Diplomaten oder Beobachter überraschend. Viele Jahre lang wurde das sozialistische Jugoslawien als ein stabiles Land betrachtet, oft sogar als ein Modell des Zusammenlebens verschiedener Nationalitäten in einem Staat angepriesen. Zwar gab es gelegentlich politische Krisen, einige mit ausdrücklich national-ethnischer Prägung (z. B. die albanischen Demonstrationen in der serbischen Region Kosovo in den achtziger Jahren oder das kroatische Streben nach Unabhängigkeit Anfang der siebziger Jahre). Diese wurden aber meist als ein Ausdruck politischer Konflikte verstanden. Jedoch vermischte sich zunehmend die politische und national-ethnische Konfrontation und brachte grundlegende Differenzen bezüglich der Staatsordnung, der wirtschaftlichen Organisation und des politischen Pluralismus ans Licht. In zweifacher Hinsicht kam die folgende Entwicklung bis hin zum Krieg überraschend. Erstens brach sich die Krise in Form nationaler Konflikte Bahn, obwohl ihre Ursachen komplex waren. Die Forderungen einiger jugoslawischer Republiken nach Unabhängigkeit wurden in einer Zeit vorgebracht, in der sich in Europa – in Euphorie nach dem Ende der Bipolarität – vor allem Integrationsprozesse vollzogen und der Nationalstaat überholt schien. Der Krieg entbrannte zweitens in einem europäischen Land. Dies widersprach der verbreiteten Auffassung, daß Kriege in Europa nicht mehr möglich seien und daß am Ende des 20. Jahrhunderts nationale Fragen nicht mehr zum Krieg führen könnten. Fünfzig Jahre Frieden nach dem grausamen Zweiten Weltkrieg sowie die Existenz von internationalen Mechanismen (wie der UNO und der KSZE/OSZE) wurden als hinreichende Faktoren angesehen, um Konflikte friedlich beilegen zu können. Leider schien aber in Jugoslawien – im Unterschied zu den Entwicklungen im Rest Europas – eine ethnisch dominierte Sicht auf die Geographie vorzuherrschen. Das Ergebnis war ein blutiger Bürgerkrieg mit katastrophalen und verheerenden Folgen. Viele nahmen an, daß dieser hätte verhindert werden können und daß die früheren jugoslawischen Republiken durch Verhandlungen zu einer akzeptablen Lösung hätten kommen können. Die serbische Führung wurde als die am wenigsten kooperative unter den Führungskräften des früheren Jugoslawiens betrachtet, da sie ihre Forderungen am hartnäckigsten vertrat und am wenigsten kompromißbereit war. Anfangs war die internationale Gemeinschaft eher für den Erhalt der jugoslawischen Föderation. Die Gründe dafür sind vermutlich pragmatischer Natur; niemand konnte vorhersagen, welche Konsequenzen der Zerfall Jugoslawiens haben würde. Desweiteren bestand die Gefahr, daß alte territoriale Ansprüche der Nachbarstaaten wieder aufleben könnten. Die internationale Gemeinschaft war daher nicht bereit, die Abspaltungstendenzen einiger jugoslawischer Republiken zu befürworten und tendierte dazu, die serbische Führung unter Präsident Slobodan Milošević, die sich entschieden gegen den Zerfall des Landes aussprach, zu unterstützen. Bedauerlicherweise waren die Serben aber zu Verhandlungen über Änderungen der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Ordnung des Landes mit den Führungskräften der anderen Republiken (speziell Kroatiens und Sloweniens) nicht bereit.

Serbiens Versuch, die Einheit Jugoslawiens zu erhalten.

Obwohl der Nationalismus in praktisch allen Teilen des früheren Jugoslawiens blühte, schien die internationale Staatengemeinschaft bestimmte Nationalismen als gut und andere dagegen als schlecht einzustufen. Auf der anderen Seite war die internationale Gemeinschaft nicht bereit, die Gründe Serbiens, das sich am deutlichsten für eine Einheit Jugoslawiens aussprach, zu akzeptieren. Serbien beharrte auf seinen historischen Rechten und Verdiensten und versuchte, an die geschichtlichen Ungerechtigkeiten und Leiden, denen es besonders in diesem Jahrhundert ausgesetzt war, zu erinnern. So wahr diese Positionen auch sein mögen, sie konnten die internationale Staatengemeinschaft nicht dazu bringen, Serbiens Position zum Erhalt der Einheit Jugoslawiens mit allen Mitteln zu unterstützen. Hinzu kam das Festhalten der Führung Serbiens an sozialistischen Prinzipien in der Wirtschaft und im politischen System. In einer Zeit, in der sich der kommunistische Block auflöste, war die Welt nicht bereit, dieses Festhalten an sozialistischen Vorstellungen zu tolerieren. Die Tatsache, daß die Wahlen in Serbien und Montenegro und später in der Bundesrepublik Jugoslawien die sozialistischen Führungskräfte bestätigten (während diese in vielen anderen post-sozialistischen Ländern abgewählt wurden), erschwerte die Verständigung zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und der internationalen Staatengemeinschaft zusätzlich. Kurz gesagt bestand das Problem darin, daß sich die Republiken, die ihre Unabhängigkeit forderten, an westlichen Politik- und Wirtschaftsmodellen orientierten, während jene Republiken, die sich für den Erhalt Jugoslawiens aussprachen, an sozialistischen Modellen festhielten.

Dennoch erkannte die internationale Gemeinschaft die Unabhängigkeit von vier früheren jugoslawischen Republiken an. (Die damit zusammenhängenden politischen und völkerrechtlichen Fragen können hier nicht weiter diskutiert werden.) Serbien war davon überrascht und tief enttäuscht. Es verstand dies als ein Zeichen der "Konspiration der internationalen Gemeinschaft gegen das frühere Jugoslawien". Als Argument diente die Angst der Welt vor der Stärke und dem Potential Serbiens. Insbesondere die anti-serbische Politik Deutschlands wurde als "Racheakt für die serbischen Siege im Ersten und Zweiten Weltkrieg" verstanden. Serbien führte die Geschichte ins Feld, indem es sowohl die internationale Gemeinschaft als auch die nach Unabhängigkeit strebenden Republiken daran erinnerte, daß erst ein serbischer Sieg die Befreiung von türkischer und österreichischer Macht ermöglicht hatte. Schließlich habe man Jahrzehnte in einer gemeinsamen Föderation gelebt, sei die Existenz unabhängiger Staaten Jahrzehnte her, so daß eine Unabhängigkeit von serbischer Seite sorgfältig zu erwägen und möglicherweise abzulehnen war. Gleichzeitig verurteilte Serbien die früheren Republiken Jugoslawiens, die nun nach Unabhängigkeit verlangten. Serbien betrachtete diese Forderungen mit Verbitterung und sah sie als Verrat an siebenzig Jahren gemeinsamer Geschichte, am gemeinsamen Leben der Völker und besonders an der Idee des Staates Jugoslawiens, für die so viele Menschen ihr Leben verloren hatten.

Der Erhalt Jugoslawiens wurde als eine "heilige Handlung" verstanden und emotional-nationalistisch propagiert. Die Mobilisierung großer Teile der serbischen Bevölkerung war nicht schwer, da eine beträchtliche Anzahl von Serben in Kroatien und Bosnien-Herzegowina lebte. In einer Situation, in der die ethnische Herkunft der wichtigste Faktor des politischen Lebens wurde, war es nicht weiter überraschend, daß die schrecklichen Erinnerungen aus dem Zweiten Weltkrieg wieder auflebten. Es war außerdem nicht schwer, die Gefahr eines neuen Genozids an die Wand zu malen. Man sollte nicht vergessen, daß dies alles in einer Atmosphäre sich verstärkender Nationalgefühle und Spannungen in allen Republiken stattfand. Die Situation verlangte Weisheit, Geduld und diplomatisches Geschick von allen Seiten, damit sich der nationalistische Funke nicht zu Haß und Krieg entwickeln konnte. Leider waren diese Voraussetzungen bei den nationalen Gruppen und Völkern im früheren Jugoslawien nicht gegeben. Das Resultat ist bekannt. Der Wiederaufbau in der Region wird Jahrzehnte dauern. Es ist unmöglich, die Schäden, das menschliche Leid, die vielen Toten und Verletzten und die gestörten Kindheiten ungeschehen zu machen.

Der Weg nach Dayton.

Die internationale Gemeinschaft bemühte sich sehr, Veränderungen in der Politik Serbiens und der späteren Bundesrepublik Jugoslawiens herbeizuführen. Dieses Ziel wurde lange nicht erreicht. Im Gegenteil - eher hat diese Politik zur Verschärfung der Lage in Jugoslawien beigetragen – aus der politischen Krise wurde ein Krieg mit all seinen tragischen Folgen.

Die im Mai 1992 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ausgesprochenen Sanktionen des UNO-Sicherheitsrates sollten einen Wechsel in der Politik des Landes herbeiführen. Dies gelang nicht. In einer Gesellschaft ohne ausgeprägte demokratische Traditionen und mit einer Monopolstellung der regierenden (sozialistischen) Partei über die Medien (besonders die elektronischen), schienen die Sanktionen lediglich den Zusammenhalt der jugoslawischen Bevölkerung und deren Einverständnis

mit der nationalistischen Politik ihrer Führung zu verstärken. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung ohne Frage die Führung unterstützte, gab es auch einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung, der gegen die nationale Mobilisierung und den Krieg eintrat. Dieser hatte jedoch keinen Zugang zu den Medien und konnte kaum Einfluß erlangen.

Die internationale Gemeinschaft wurde sich schließlich des Einflusses der Bundesrepublik Jugoslawien auf jene Serben, die in den anderen früheren jugoslawischen Republiken blieben, bewußt. Von der pragmatischen Notwendigkeit geleitet, eine Lösung für die Krise zu finden, nahm sie Verhandlungen mit der Bundesrepublik Jugoslawien auf. Aber es schien, als ob ein wirkliches Interesse an der inneren Entwicklung des Landes fehlte. Priorität der internationalen Gemeinschaft war es, dem brutalen Krieg in dem Gebiet des früheren Jugoslawien ein Ende zu setzen. Der inneren Demokratisierung Jugoslawiens und dessen wirtschaftlicher Entwicklung wurden offensichtlich geringere Priorität beigemessen, falls sie überhaupt jemals Priorität für die Außenwelt besaßen. So zeigte zwar die Unterschrift des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević unter dem Abkommen von Dayton vom Dezember 1995, daß die Bundesrepublik Jugoslawien weiterhin eine wichtige Rolle in diesem Raum spielt. Ihre künftige innere Entwicklung und damit die Dauerhaftigkeit ihres Einflusses in der Region blieb jedoch ungeklärt.

Von der jugoslawischen Identität zum serbischen Nationalismus

Im gesamten Raum des ehemaligen Jugoslawien verstärkte sich Anfang der neunziger Jahre die Frage der ethnischen Zugehörigkeit und der nationalen Ausrichtung. Niemand versuchte ernsthaft, diesen Prozeß aufzuhalten. Im Gegenteil. Den meisten Führungskräften in den früheren jugoslawischen Republiken schien das aufkommende Nationalgefühl ganz recht zu kommen. Es bildete ein einfach zu handhabendes Mittel für die Verfolgung politischer Zwecke. Es ist bemerkenswert, wie schnell und einfach das Nationalbewußtsein und die neue Identität bei einer Bevölkerung wuchs, die in den letzten fünfzig Jahren ununterbrochen dem offiziellen Wahlspruch "Brüderlichkeit und Einigkeit" ausgesetzt war.

Es gab in Jugoslawien viele Menschen, die glaubten, daß die neuen Generationen in nationaler Harmonie leben würden. Sie gingen davon aus, daß die seit dem Zweiten Weltkrieg vergangene Zeit ihre Wirkung getan hatte und erlagen der Propaganda von einer nationalen Versöhnung. Serbien und die Serben mußten jedoch erkennen, daß in einigen anderen früheren Republiken das weitverbreitete Gefühl existierte, Serbien sei eine Art imperialistische Macht, welche anderen nationalen Gruppen gehörende Gebiete nicht abgeben wollte und welche nicht einmal zu Diskussionen über Veränderungen des politischen Systems bereit war. Die Zahl derjenigen, die das frühere Jugoslawien als ihr Vaterland und nicht nur als ein politisches Konzept sahen, das den Weg zum nationalen Frieden auf dem Balkan bereiten sollte, war in Serbien tatsächlich höher als in den meisten anderen Republiken. Als sich die Krise ausbreitete und die Spannungen zunahmen – bis letzten Endes der Krieg ausbrach –, geriet die Mehrheit der Serben im allgemeinen und die der in Serbien lebenden Serben im besonderen unter den Einfluß von populistischen Ideen und nationalistischer Ideologie. Dies bildete den Nährboden für Fremdenhaß (zusammen mit dem oben erwähnten Glauben an eine Weltverschwörung gegen das serbische Volk), Patriotismus (als Gefühl gegen die negativen internationalen Reaktionen auf die Politik Serbiens), Nationalstolz (verbunden mit einer Rückkehr zur Geschichte und der Suche nach nationalen Symbolen), den Glauben an Autarkie und – wenn nötig – Selbstaufopferung (als Reaktion auf die von der UNO verhängten Wirtschaftssanktionen).

Die Kombination dieser Faktoren stellte ohne Frage eine perfekte Basis für eine Politik der Ablehnung von Verständigung und Kooperation mit dem Rest der Welt dar. Sie schaffte eine Atmosphäre, in der viele Menschen bereit waren, im Namen des "nationalen Stolzes" Leiden auf sich zu nehmen und sich an der Erfüllung von "großen nationalen Aufgaben" zu beteiligen.

Allerdings hatte es auch immer gesellschaftliche Kräfte (Parteien, Gruppierungen, Individuen) gegeben, die vor den Gefahren dieser Politik gewarnt hatten. Diese waren allerdings weder zahlreich noch besonders einflußreich. Für diese Situation gab es mehrere Gründe. Erstens besaß die Bevölkerung in Serbien nie ein hohes Maß an Lese- und Schreibfertigkeit, sodaß die Menge und Zahl verkaufter Zeitungen nur sehr gering war (und sich in Zeiten der Wirtschaftskrise noch verringerte). Daher spielen für die Information der Bevölkerung die elektronischen Medien eine besondere Rolle. Der einzige landesweite Fernsehsender wurde aber von der Regierungspartei kontrolliert. Unter diesen Bedingungen war es möglich, eine an sich gegen den Krieg eingestellte Bevölkerung zu manipulieren. Zweitens wirkte sich das Fehlen demokratischer Traditionen aus. Nur von 1903 bis 1914 kann man in Serbien von Demokratie sprechen. Dieser Zeitraum ist kaum lang genug, um eine Tradition darzustellen. In einer autoritären Gesellschaft ist es unter diesen Bedingungen nicht

überraschend, daß es der Führung gelang, die Menschen, die in Zeiten der Krise und des Krieges im allgemeinen eher zum Vereinheitlichen tendieren, auf eine "nationale Linie" festzulegen.

Die Außenwelt sah nur das Bild der homogenen Gesellschaft, die sich mit veralteter Politik abgab und den Machthaber Slobodan Milošević in seinen innen- und außenpolitischen Maßnahmen unterstützte. Dabei gab es immer oppositionelle Bewegungen gegen Milošević, so z. B. die massiven Demonstrationen in Belgrad im März 1991, d. h. vor dem eigentlichen Ausbruch des Krieges, oder die große Anzahl an Kriegsdienstflüchtlingen. Problematisch wurde es, weil die internationale Gemeinschaft, während sie sich mit Milošević zu verständigen suchte, die oppositionellen Kräfte als nicht stark genug zum Widerstand gegen ihn einschätzte. Anfänglich bestand sogar die allgemeine Auffassung, daß die Führungskräfte der oppositionellen Bürgerbewegungen nationalistischer als Milošević seien und daher keine Unterstützung verdienten. Milošević hingegen sei nicht zu nationalistisch, nicht zu kommunistisch und vor allem sei er an der Macht. Er schien akzeptabler als jene Politiker, die ihre Karriere eindeutig mit nationalistischer Rhetorik begonnen hatten, unabhängig davon, in welcher Weise sie sich mittlerweile äußerten.

In der Zwischenzeit gab es viele Veränderungen in der Region. Jugoslawien zerfiel und neue Staaten entstanden. Nicht alle, die das Wort "Demokratie" im Munde führten, erwiesen sich dabei als Demokraten. Je mehr sich der Krieg in die Länge zog, desto deutlicher zeigte sich, daß es nicht nur die Serben waren, die für den Krieg und seine Grausamkeiten verantwortlich gemacht werden konnten, obwohl deren Rolle beim Ausbruch und der Intensivierung des Krieges nicht angezweifelt wurde. Langsam wurde deutlich, daß es auf allen Seiten Kriegsverbrecher und Leidtragende gab und daß keine Nation nur ein Opfer unglücklicher Umstände war.

Zwei gegensätzliche Wahlergebnisse.

Gegen Ende des Jahres 1996 entwickelte sich die politische Lage in der Bundesrepublik Jugoslawien widersprüchlich: einem klaren Sieg der Regierungspartei bei den Parlamentswahlen stand eine deutliche Niederlage bei den kurz darauf folgenden Kommunalwahlen gegenüber. Die regierende Sozialistische Partei Serbiens gewann die Parlamentswahlen vom November 1996 mit deutlichem Vorsprung. Dies geschah in einer Koalition mit anderen Parteien, besonders mit der von Frau Milošević geleiteten Allianz der "Vereinten Linken". Der Sieg fiel sogar noch größer aus als vier Jahre zuvor. Dies war natürlich eine große Enttäuschung für die Opposition. Aber auch für die regierende Partei kam dieser Sieg unerwartet, da sich die Wirtschaftskrise seit den letzten Wahlen erheblich verschärft hatte. Zudem war die nationalistische großserbische Politik von Präsident Milošević praktisch gescheitert. Erstens existierte das einheitliche frühere Jugoslawien nicht mehr, so daß der Propagandaspruch "Alle Serben müssen in einem Staat leben" nunmehr haltlos war. Diese Entwicklung ließ viele Menschen ratlos zurück. Zweitens ging die bereits etablierte "Autonome Republik Krajina" der Serben in Kroatien wieder verloren. Die dort lebenden Serben wurden von der kroatischen Armee zur Flucht gezwungen. Nunmehr leben sie als Flüchtlinge ohne absehbare Chance zur Wiederkehr in der Bundesrepublik Jugoslawien. Drittens waren die Serben in Bosnien-Herzegowina in der Folge des Abkommens von Dayton gezwungen, ihr Ziel aufzugeben, einen eigenen, unabhängigen Staat im Raum des früheren Bosnien-Herzegowina zu errichten. Diese Entwicklung führte dazu, daß die serbische Führung und Präsident Milošević persönlich von einigen oppositionellen Führungskräften des Verrats beschuldigt wurde.

Nachdem die eindeutigen Ergebnisse der bundesweiten Parlamentswahlen vorlagen, dachte kaum jemand an eine Möglichkeit anderer Ergebnisse bei den Kommunalwahlen. Dazu gab es einfach zu wenig rationale Argumente.

Trotz allem trat aber genau dies ein. Die Resultate fielen relativ eindeutig zugunsten der Opposition aus. Die Sozialisten hatten ihre Stellung als regierende Partei vor allem in den Städten verloren, während sie sich in ländlichen Gebieten zumeist behaupten konnten. Die Regierungspartei war geschockt und verfiel in Aktionismus. Zunächst wurde die Bekanntgabe des offiziellen Ergebnisses lange hinausgezögert. Als es dann schließlich veröffentlicht wurde, unterschied es sich deutlich von den Ergebnissen in den Wahllokalen, wie Vertreter der Opposition nachweisen konnten. Während die Staatsmacht zögerte, gingen immer mehr Menschen auf die Straße um gegen die Wahlfälschung und für die Unterstützung der Opposition zu demonstrieren.

Der Bürgerprotest und seine Folgen

Ende November 1996 kam es schließlich in allen großen serbischen Städten aus Protest gegen die Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen zu massiven Bürgerdemonstrationen. Ziel dieser gewaltfreien Proteste war die Anerkennung der tatsächlichen Wahlergebnisse durch die Behörden. Da sich diese hartnäckig weigerten und die Zahl der Protestierenden auf den Straßen immer größer wurde, wuchs auch das weltweite Interesse der Medien. Es wurde klar, daß in Serbien etwas stattfand, das nicht zu den üblichen Stereotypen und zum Image dieses Landes und der Nation paßte. Es passierte etwas, daß davon zeugte, daß die serbische Gesellschaft in ihren politischen Ansichten längst nicht so homogen ist, wie bisher von vielen angenommen wurde. Am Ende der dreimonatigen friedlichen Demonstrationen hatte sich das Bild Serbiens in der Welt gewandelt. Das Interesse an den Entwicklungen in Serbien und der Bundesrepublik Jugoslawien wuchs. Dies schloß natürlich Fragen zu den Perspektiven der serbischen Gesellschaft nach dem Ende des Krieges im ehemaligen Jugoslawien ein.

Andererseits wurden die Demonstrationen in Belgrad und anderen serbischen Städten zu einem Symbol für eine spezifische Form des sozialen zivilen Protestes. Sie zeichneten ein deutliches Bild der serbischen Gesellschaft mit ihren Problemen und Perspektiven. Die Analyse dieser Demonstrationen kann einem besseren Verständnis der Prozesse in der jugoslawischen Gesellschaft dienen.

In erster Linie sind die allgemeine Atmosphäre sowie die von den Demonstranten verwendeten Methoden von Interesse. Es gibt nur wenige Ereignisse in der Geschichte des bürgerlichen Protests, die mit ihrer Dauer, Teilnehmerzahl oder Methoden vergleichbar sind.

Die Belgrader Demonstrationen waren durch eine allgemeine Karnevalsstimmung, durch viel Witz, Humor und Spott, viel positive Energie gekennzeichnet. Sie verliefen nicht nur äußerst friedlich (nach all dem Blutvergießen in dieser Region ebenfalls eine Überraschung), sondern waren auch in ihrer Art, Unmut auszudrücken, sehr einfallsreich gestaltet. Die Demonstranten bewiesen durch ihre Sprüche, Karikaturen und selbstgemachten Kostüme viel Erfindungsgeist. Zugleich kehrten gegenseitige Rücksichtnahme und Höflichkeit auf die Straßen der serbischen Städte zurück, die in den chaotischen Zuständen der neunziger Jahre verschwunden waren. Kurz nach dem Beginn der Demonstrationen schlossen sich die Studenten den Demonstrationen mit ihrem separaten, parallelen Protest an. So taten sie ihre Zugehörigkeit zur urbanen Bevölkerung und Kultur kund. Dieser Protest war voller Symbolismus. In diesem Zusammenhang sollte man besonders die studentische Postenkette erwähnen, die einer Kette von Polizisten im Zentrum Belgrads gegenüberstand. Dieses Ereignis bildet einen hochinteressanten Teil des Gesamtprotestes. Die Polizei untersagte den Studenten die Benutzung einer der Hauptstraßen Belgrads. Daraufhin bildeten diese eine Postenkette in der Hoffnung, die Polizei würde sich zurückziehen. Allerdings blieb die Polizei an dieser Stelle, so daß die Konfrontation mit den Studenten mehr als eine Woche anhielt (während alle anderen Straßen für den Verkehr offen waren). Von besonderem politischen Wert war dabei die Tatsache, daß es praktisch keine politische, berufliche, gesellschaftliche oder andere wichtige Organisation oder Gruppierung gab, die sich nicht den Studenten mit Postenketten als eine Art Ehrenwache anschloß. Letzten Endes zog sich die Polizei zurück. Das herausragende Symbol des Protestes war aber die Pfeife. Die Menschen hatten sie in den Händen, in den Taschen, um den Hals hängend oder als besonderes Erkennungszeichen. (In einem der wenigen Polizeieinsätze, in dem Demonstranten durch die Straßen gejagt wurden, war die Benutzung des Schlagstocks schon fast garantiert, wenn Pfeifen in den Taschen vorgefunden wurden.)

Die Demonstrationen hatten sehr praktische Auswirkungen. Inretwegen lud die Regierung kurz vor Weihnachten 1996 eine OSZE-Delegation unter der Leitung von Felipe Gonzales zur Überwachung der Lage ein. Diese Mission bestätigte jedoch die Argumentation und Beweismittel der Opposition. Die Anzeichen von Wahlfälschungen waren unübersehbar. Die Regierung blieb in ihrer schwierigen Lage und setzte weiter auf Zeitgewinn. Sie hoffte, die Menschen würden im Laufe der Zeit von den Straßen verschwinden und das Problem würde sich somit von selbst lösen. Die Proteste wurden aber fortgesetzt: Akzeptanz des Wahlergebnisses und Rücktritt des Universitätspräsidenten, der den Ereignissen an der Universität völlig gleichgültig gegenübergestanden hatte, wurden schließlich erfüllt.

Selbstverständlich tat die Regierung alles in ihrer Macht stehende, um zu beweisen, daß die Studenten gewalttätige Hooligans seien und Verräter, die von fremden Mächten bezahlt würden. Sie organisierte zu diesem Zwecke in Belgrad sogar ein paralleles Treffen ihrer Anhänger aus ganz Serbien. (Schätzungen sprachen von einigen 100 000 Menschen, während die Regierung von 500 000 sprach, um mehr Eindruck zu erwecken.) Zu dieser Zeit gab es auch die ersten Opfer unter den Demonstranten. Ein weiteres Motiv der Anklage seitens der Regierung waren die von Demonstranten gelegentlich getragenen Flaggen anderer Staaten (was tatsächlich aber eine Illustration ihres Wunsches nach internationaler Verständigung sein sollte). Die Regierung bezeichnete die

Demonstrationen in diesem Zusammenhang als "faschistisch" und "Verrat an der serbischen Sache". (Die Präsenz der deutschen Flagge wurde zur Erinnerung an die Rolle der Faschisten im Genozid an den Serben verwendet, um die Gleichgültigkeit der Demonstranten gegenüber nationalen Opfern zu unterstreichen.) Den Studenten wurde vorgeworfen, die serbische Souveränität aufgeben zu wollen. Interessanterweise sah man anfangs weder ein US-Flagge (vielleicht Zufall oder die Folge der amerikanischen Vorbehalte, Gegner von Milosević zu unterstützen) noch eine russische (ebenfalls eine Reaktion auf die russische Politik in der Region sowie auf die Tatsache, daß dieses Land kein Modell für Demokratie darstellt).

Zunächst hatte niemand - weder in den Nachbarstaaten noch weltweit – die die Demonstrationen leitende Koalition unterstützt. Dies enttäuschte die Demonstranten. Doch dafür gab es rationale Erklärungen. Wie bereits erwähnt, sah man diese Kräfte nicht als Alternative zu Milosević und seiner Politik, sondern immer noch als mehr oder minder nationalistisch orientiert. Die internationale Linke sah Milosević meist als linken Flügel in der politischen Landschaft Jugoslawiens und wollte demnach möglicherweise "rechts" stehende Kräfte nicht unterstützen.

Nur langsam und zaghaft begann die internationale Gemeinschaft ausdrücklich den Demokratisierungsprozeß der jugoslawischen Gesellschaft zu fördern. Insgesamt erzielten die Demonstrationen einige langfristige Wirkungen. Erstens wurde klar, daß die Sozialisten die Kommunalwahlen nicht nur verloren hatten, sondern auch zur Täuschung des Volkes bereit waren. Zweitens wurde den Menschen deutlich vor Augen geführt, daß Wahlen tatsächlich Dinge ändern können. Drittens wurde deutlich, daß Slobodan Milosević eher zu Gesprächen mit ausländischen als mit oppositionellen Politikern im eigenen Land bereit ist und sich gegen die Bürger wendet.

Bei der Bewertung der Wahlfälschungen durch die serbischen Sozialisten sollte berücksichtigt werden, daß dies kein einzigartiges Phänomen in der Region ist. Es gab solche Wahlfälschungen bei den Wahlen zum Kommunalparlament im kroatischen Zagreb, kurz darauf auch bei den Wahlen in Albanien. Auch bei den Wahlen in Bosnien-Herzegowina sind solche Erscheinungen vorgekommen, - unabhängig von der Tatsache, daß dies die ersten Wahlen nach dem Krieg waren und sie in einer schwierigen Atmosphäre stattfanden. In allen Fällen war deutlich, daß der Vorgang rechtlich nicht ordnungsgemäß ablief. Trotzdem wurde dieser Umstand schnell vergessen, und die internationale Gemeinschaft ging nicht über verbale Proteste hinaus. Warum sollte die Führung in Belgrad eine andere Reaktion hinsichtlich ihres Landes erwarten?

Die Frage, warum die Bürger und Studenten so intensiv an den Demonstrationen teilnahmen und aus ihrer bisherigen Lethargie erwachten, ist schwer zu beantworten. Soziologen würden sagen, daß die Situation reif für das Auflehnen gegen die katastrophale Lage war, in der sich weite Teile der Bevölkerung befanden. Die Demonstrationen riefen den Menschen ins Bewußtsein, daß sie Bürger und nicht nur Untertanen der Regierung sind. Allerdings ist es schwierig zu sagen, ob dies der Anfang einer langwierigen Bewegung oder nur ein Ausbruch von geballtem Unmut war. Dies hängt davon ab, wie sich die Dinge in Zukunft entwickeln werden. Sicher ist, daß sich die Menschen darüber klar wurden, daß Demokratie und Veränderung nicht von außen kommen, sondern daß sie dies selber erwirken müssen. Natürlich werden diesbezüglich die Leistungen der neugewählten Kommunalbehörden sehr wichtig sein. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß diese nur wenig Einfluß und Ressourcen haben. Das Bundesparlament hat weiter eine sozialistische Mehrheit und kann dadurch Initiativen der kommunalen Ebene leicht blockieren.

Auf dem Weg zu einer neuen Identität.

Die serbische Gesellschaft steht nun vor der Aufgabe, neue nationale Ziele und Prioritäten zu entwickeln und jene politischen Kräfte hervorzubringen, die diese umsetzen können. Serbien ist nach wie vor noch weit vom Modell eines modernen Staates entfernt, d. h. einem Rechtsstaat, der seine Bürgerrechte unabhängig von nationaler Zugehörigkeit gewährt, einem demokratischen Staat mit einem Mehrparteiensystem im Parlament, einem Staat, der sich der Marktwirtschaft annimmt und sich tolerant gegenüber ideologischen und politischen Differenzen zeigt; einem Staat, in dem die Bedeutung der freien Presse und der internationalen Kontakte selbstverständlich ist.

Demokratie kann sich in instabilen Gesellschaften nicht entwickeln. Daher ist es für die Menschen in der Bundesrepublik Jugoslawien dringend nötig, ihre Identität im nationalen, staatlichen, ideologischen und kulturellen Sinn zu erkennen. Voraussetzung dafür ist allerdings die Erkenntnis, daß die bisherige Politik Serbiens gescheitert ist. Serbien hat die Schlacht um die Erhaltung des früheren Jugoslawien oder um das Ziel, alle Serben in einem Staat zu vereinen, verloren. Eine andere Politik wäre möglicherweise in der Lage gewesen, die tragische Entwicklung im früheren Jugoslawien abzuwenden. Dies wird von immer mehr Menschen erkannt. Der neue Staat, die Bundesrepublik

Jugoslawien, muß angesichts dieser Geschichte nicht nur seine eigenen strategischen Prioritäten und Ziele neu herausarbeiten, sondern sie auch den anderen Staaten verständlich machen, um deren Akzeptanz zu erlangen. Um dabei erfolgreich zu sein, müssen die Ziele klar definiert werden. Dabei ist zu prüfen, inwiefern diese Prioritäten mit den Entwicklungstrends der Zeit in Europa und der Welt übereinstimmen. Dann kommt es darauf an, diesen politischen Ansatz der Bevölkerung deutlich zu machen. Die Menschen müssen verstehen, wann, wo und warum etwas getan wird. Die Voraussetzung dafür ist allerdings eine offene, demokratische Gesellschaft.

Aus dem Englischen übersetzt von Dorothea Mützel, Berlin

Dr. Nina Dobrkovic
International Scientific Forum "DRC",
Institut für internationale Politik und Wirtschaft, Belgrad